

DIESE WOCHE

Mit eigener Hände Arbeit



Warum meint eine Bestatterin, das Sterben sage etwas über das Leben aus? Eine ZEIT-Serie beschreibt Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die sonst medial nicht vorkommen

Seite 30

Tiere schützen: Amtsveterinäre beklagen den Einfluss von Wirtschaftslobbyisten auf die Kommunalpolitik

Seite 27

Daten besteuern: Die Kanzlerin will wissen, wie das gehen soll. Wir haben einige Ökonomen um Antworten gebeten

Seite 24

Pleite im Märchenland

Genossenschaften gelten als grundsollide. Doch ausgerechnet in dieser Szene riskieren nun Träumer und Bauernfänger reihenweise das Geld ahnungsloser Bürger **VON MARCUS ROHWETTER UND JENS TÖNNESMANN**

An großen Versprechen mangelt es nicht an diesem Abend. Stundenlang hocken drei Dutzend Männer und Frauen im Konferenzraum eines Hamburger Hotels und hören den Rednern zu. Der eine schwärmt von der »genialen« Geschäftsidee, mit der man sich »die geistige lebenslange Rente überhaupt« aufbauen könne, jenseits von »Riester-Schwachsinn« und »kaputtter Finanzwelt«. Wer sich anstrengt, könne es sogar zur Luxusjacht bringen. Ein anderer stellt sich als Ambassador vor. »In deinem normalen Job machst du dich kaputt«, ruft er, »hier kannst du mit wesentlich weniger Arbeit das Zehnfache verdienen!«

Der Weg dahin führe über eine Genossenschaft namens Humanity. Als prominenten Kronzeugen bemühen die Redner mehrfach: Friedrich Wilhelm Raiffeisen. Der hat vor anderthalb Jahrhunderten die ersten Genossenschaften als solidarische Form des Wirtschaftens begründet. Auch Humanity wolle, dass es »auf der ganzen Welt menschlicher zugeht«. Die Veranstaltung ist keine Wirtschaftssatire. Sie spielt in einer Schattenwelt des Genossenschaftswesens, in der Geschäftemacher unter dem Deckmantel der Solidarität das Geld ahnungsloser Bürger riskieren. Sie verkaufen dubiose Finanzprodukte oder Firmenbeteiligungen. Oder sie bewerben wie Humanity Provisionsmodelle, die Genossen dazu bringen sollen, ihren Freunden, Kollegen und Angehörigen zweifelhaft Produkte unterzujubeln. Und in Zeiten des Nullzins haben sie damit leichtes Spiel; Humanity hat nach Angaben des Ambassadors bereits 4000 Mitstreiter gewonnen, unter anderem auf Verkaufsevents wie dem in Hamburg.

Funktionäre der Branche sind besorgt. Der Vorstandschef des Genossenschaftsverbands in Düsseldorf, Ralf Barkey, sagt: »Wir kennen bereits konkrete Fälle, wo Unternehmen als Genossenschaft gegründet wurden, um dubiose Aktivitäten zu entfallen. Das gute Image der Genossenschaft als solide und sichere Rechtsform wird missbraucht.« Für den Juraprofessor und Abgeordneten Heribert Hirte, der für die CDU im Rechtsausschuss des Bundestags sitzt, ist das keine Überraschung: »In Deutschland gibt es eine Art kulturelle Übereinkunft, wonach bestimmte Formen des Wirtschaftens per se als gut gelten. Dabei lassen sich unseriose Geschäfte in jeder Rechtsform betreiben.«

Tatsächlich glauben zwei Drittel aller Deutschen, dass Genossenschaften »für mehr Gerechtigkeit« im Wirtschaftsleben sorgen. Fünfmal mehr Genossen als Aktionäre gibt es hierzulande. Viele Menschen hoffen neben solidarischen Geschäftsmodellen auch auf auskömmliche Renditen, den Börsen dagegen trauen sie nicht. Dabei bedeutet auch die Beteiligung an einer Genossenschaft ein unternehmerisches Risiko, das mit Totalverlust enden kann.

Problemfälle gibt es im ganzen Land. Bundesweit erregen sie nur deshalb kaum Aufsehen, weil sich die meisten Dramen regional begrenzt abspielen.

So habe die Pleite der Stuttgarter Wohnungsbau-Genossenschaft Eventus im vergangenen Herbst bis zu 445 Geschädigte um insgesamt 10,8 Millionen Euro gebracht, schätzt eine Interessengemeinschaft der Opfer – das wären mehr als 24000 Euro pro Person. Ein Vorstandsmitglied sitzt in Untersuchungshaft, die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Betrug und Untreue. In München kümmern sich

dem Hinweis auf genossenschaftliches Engagement versucht haben, riskante Beteiligungen zu verkaufen. Ihre Geschichten klingen zunächst ja auch plausibel, und der Fall Humanity eignet sich besonders gut, um davon zu erzählen. Kalle B. zum Beispiel hat sich von jener Geschichte, die Humanity erzählt, überzeugen lassen. Er lebt im Oberbergischen Land bei Köln und arbeitet als Fahrer für die Firma Eismann, die tiefgekühlte Lebensmittel liefert. Bei einer Genossenschaft würden nicht nur die Großen mit verdienen, sondern auch die kleinen Leute mit bedacht, sagt er. »Das ist mir viel sympathischer als irgendeine Limited mit Sitz in irgendeinem Hotelzimmer in Dubai oder sonst ein undurchsichtiges Trallala.« Also hat Kalle B. 5000 Euro in Humanity-Anteile gesteckt. Er findet: »Es wäre ja schön, wenn es funktioniert.«

Wie genau »es« funktionieren soll, hat Kalle B. allerdings auch nicht verstanden, gibt er zu. Weder das Bonussystem noch die Genossenschaft an sich. »Ja, vielleicht sind das nur Blender, und in einem Jahr sage ich: Fuck, hätte ich das mal nicht gemacht. Aber wer nicht wagt, der gewinnt auch nichts.« Kalle B. sagt, von Humanity habe ihm jemand erzählt, der selbst bei Eismann gearbeitet und dort schon viele andere Fahrer angeworben habe.

Mitglieder sollen Weiterbildungspakete kaufen, etwa eine Rhetorik-Schulung, die in Online-Seminaren von Humanity als »unglaublich genial« angepriesen wird. Dann sollen sie Freunde und Kollegen überzeugen, ebenfalls Pakete zu kaufen. Die Käufer sollen dann selbst wieder Freunde und Kollegen anwerben. Kalle B. ist ein Kumpeltyp, einer, dem man gern tiefgekühlte Putenbrust abkauft und der spürbar Spaß daran hat, sie zu verkaufen. Menschen wie er sind die idealen Multiplikatoren.

Ein mehrstufiges Provisionssystem soll Anreize dafür schaffen, mehr und mehr Menschen in das Netz hineinzuwickeln – damit das Spiel immer weiterläuft. Derartige Vertriebskonzepte sind als »Multi-Level-Marketing« ebenso bekannt wie verrufen. Regelmäßig werden dabei freundschaftliche und familiäre Beziehungen für kommerzielle Zwecke ausgenutzt. Der ZEIT vorliegende Unterlagen erläutern

Wie genau »es« funktionieren soll, hat Kalle B. allerdings auch nicht verstanden, gibt er zu. Weder das Bonussystem noch die Genossenschaft an sich. »Ja, vielleicht sind das nur Blender, und in einem Jahr sage ich: Fuck, hätte ich das mal nicht gemacht. Aber wer nicht wagt, der gewinnt auch nichts.« Kalle B. sagt, von Humanity habe ihm jemand erzählt, der selbst bei Eismann gearbeitet und dort schon viele andere Fahrer angeworben habe.

Ein Musiktherapeut will das Wirtschaftssystem umkrepeln

Wolf Brandes hat so seine Zweifel an der Idee. Er arbeitet bei der hessischen Verbraucherzentrale in Frankfurt und ist Spezialist für den grauen Kapitalmarkt, also jenen Kapitalmarkt, der weniger reguliert ist als etwa das Bankwesen. Bittet man Brandes, sich die Website von Humanity anzuschauen und das Protokoll der ersten Generalversammlung zu lesen, lautet sein Urteil: »Wenn Genossenschaften erfolgsabhängige Vergütungen zahlen, werden wir hellhörig. Solch ein provisionsgetriebenes Verkaufssystem im Gewand einer Genossenschaft haben wir in unserem Netzwerk Marktwächter noch nicht gesehen.«

Brandes hat in seinem Berufsleben ein Gespür für Versprechen entwickelt, bei denen man vorsichtig sein sollte; er kennt mehrere Fälle, in denen sich zweifelhaftes Geschäft als Genossenschaft tarnen. »Oft sind diese Angebote intransparent, vermischen eine Vielzahl von Geschäftsfeldern und verschleiern so, wie ihr Geschäftsmodell eigentlich aussieht«, sagt Brandes. Humanity macht das genauso: Die Genossenschaft verkauft nicht nur Schulungspakete, sondern will auch eine globale Online-Handelsplattform aufbauen sowie Großes mit Blockchain-Technologie erreichen – ohne detaillierte Angaben zu machen. »Verbraucher beschwerten sich immer häufiger bei uns über undurchsichtige Verdienstmöglichkeiten im Internet. Bei dieser Mischung von Angeboten muss man stutzig werden«, sagt Brandes. Auch das Bonussystem wirkt nicht gerade vertrauenswürdig auf den Verbraucherschutz. »Wenn es mehr als zehn Karriereebenen mit immer höheren Provisionen für angeworbene Kunden und Anleger gibt, ist das schon absurd«, sagt er. »Um ganz oben anzukommen, müsste man ja eine Pyramide aus mehreren Tausend angeworbenen Personen unter sich haben.«

Der Mann, der sich das ausgedacht hat, heißt Boris Matern. Nach eigenen Worten hat er bislang vor allem als Musik- und Ergotherapeut gearbeitet und spielt eine Vielzahl von Instrumenten. YouTube-Videos zeigen, dass er mit seiner blechernen Hang-Trommel bislang auf eher kleinen Bühnen aufgetreten ist. Eine klassische ökonomische Ausbildung hat er nicht. Heute nennt er sich »Gründer und Visionär«.

Ein unangekündigter Besuch in Neuötting im Osten Bayerns, am Firmensitz von Humanity. Matern ist spontan bereit zum Gespräch, schlägt einen Biergarten als Treffpunkt vor und nimmt sich

Fortsetzung auf Seite 22

QUENDEL-ZONE

Schmerzhaft sparen

MARCUS ROHWETTERS
wöchentliche Einkaufshilfe

Jetzt aber schnell! Nur noch wenige Tage laufen die »Schmerz Sparwochen«. Leser Markus M. aus Dresden hat das große, bunte Werbeschild vor einer Apotheke fotografiert, auf dem Variationen des Medikaments Voltaren angepriesen werden. Unter bestimmten Bedingungen bekommt man es einen Euro billiger. Die Details dazu stehen unten im Kleingedruckten des Plakats, das ich leider nicht lesen kann, ohne Augenschmerzen zu bekommen, was ich aber nicht will.

Herr M. schrieb weiter, dass er von Berufs wegen sehr gut wisse, wie es auf den Palliativstationen von Krankenhäusern zugehe, und dass eine Ein-Euro-Rabattaktion im Zusammenhang mit Schmerzen schnell unangebracht wirken könne. Was sicher richtig ist. Wer Schmerzen hat, ist kein Schnäppchenjäger. Und abgesehen davon, würde er sich wohl ohnehin keine Voltaren-Salbe kaufen.

Voltaren wird gern genommen nach Sportverletzungen wie Zerrungen oder Prellungen. Es ist auch deswegen ohne Rezept erhältlich, weil der enthaltene Wirkstoff so gering dosiert ist. Was wiederum heißt, dass man es eher bei Zipperlein einsetzt als bei echten Schmerzen. Dann brauche man schnell eine höhere Dosis, hat mir mein Hausarzt mal gesagt, als ich ihn explizit danach gefragt habe. Die richtige Dosis gibt es aber nur auf Rezept, und das Rezept gibt es nur beim Arzt. Ein Problem mit echten Schmerzen sollte man also mit einem Fachmann besprechen.

Das gilt übrigens auch für Probleme bei der Kundenansprache. Beim Blick ins Archiv fiel mir auf, dass Voltaren vor zwei Jahren schon einmal Gast in der Quengelzone war. Damals behauptete der Hersteller, Voltaren-Schmerzgel wirke »bis zu viermal schneller« als ein Gel ohne Wirkstoff. Es leistet also das Gleiche wie ein Placebo, das allerdings in kürzerer Zeit. Was meine Vermutung unterstützt, dass man bei Schmerzen besser etwas anderes nehmen soll. Zu welchem Preis auch immer.

Von Verkäufern genötigt? Entwert von Werbe-Hohlsprech und Pseudo-Innovationen? Melden Sie sich: quengelzone@zeit.de – oder folgen Sie dem Autor auf Twitter unter @MRohwetter

Festgefahren

Wenn Daimler-Chef Dieter Zetsche nächste Woche nach Berlin fährt, reist der 65-Jährige wie ein Sportler mit positiver Dopingprobe im Gepäck. Dabei hat kein anderer Autokonzern seit Bekanntwerden des Dieselskandals 2015 so selbstbewusst und konsequent eigene Manipulationen geleugnet wie Daimler. Im Januar 2016 behauptete Zetsche in einem Interview: »Bei uns wird nicht betrogen, bei uns wurden keine Abgaswerte manipuliert.« Nun muss sich auch sein Unternehmen vorwerfen lassen, Tausende Kunden getäuscht zu haben.

Das Kraftfahrtbundesamt (KBA) hat im Mercedes Vito, einem Lieferwagen, eine manipulierte Abgasreinigung entdeckt. Die Stickoxide, die dieser Motor auf der Straße ausstößt, sind den Messungen zufolge viel höher als im Labor. »Das ist vorsätzlich geschehen und schlicht illegal«, sagt eine mit den Vorgängen im Verkehrsministerium vertraute Person. Demnach wird während der Abgasreinigung zu wenig Harnstofflösung – sogenanntes AdBlue – zugeführt, um Stickoxide in harmlosen Stickstoff und Wasser umzuwandeln. Daimler hatte die Markteinführung von AdBlue einst mit dem Werbespruch »Emission Impossible« beworben (ZEIT 24/16).

Bereits vergangene Woche traf Zetsche Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) in dessen Amtssitz und konnte nicht lückenlos erklären, welche Daimlermotoren überhaupt betroffen sind. Das Unternehmen bekam 14 Tage Zeit, um Antworten zu geben. Daimler bestreitet, dass die Abschaltvorrichtungen gesetzeswidrig sind. Derzeit geht es laut Ministerium um rund 5000 Autos, doch das ist erst der Anfang.

Das KBA hat nach ZEIT-Informationen auch die C-Klasse getestet. Ergebnis: fast deckungsgleich zum Vito. »Die AdBlue-Einspritzung wird auch bei diesen Fahrzeugen in bestimmten Situationen abgestellt«, sagt jemand, der die Testergebnisse kennt. In den nächsten Wochen soll Daimler angehört werden. Sollten die Experten recht behalten, könnte bis zu jeder fünfte Mercedes auf deutschen Straßen betroffen sein. Internen Schätzungen der Verwaltung zufolge wären dies bis zu 900 000 Autos.

Diese Zahl ärgert die Beamten besonders. Denn sie ist – ebenso wie die Auswahl der Autos – fast identisch mit jener knappen Million Mercedes-Fahrzeuge, denen Dieter Zetsche im August 2017 ein Software-Update der Motorsteuerung in Aussicht stellte. Vordergründig sollten damit Stickoxid-Emissionen reduziert und Fahrverbote vermieden werden. Doch nun kursiert im Kraftfahrtbundesamt und im Verkehrsministerium ein Verdacht: Sollten die manipulierten Diesel auf diesem Wege nachträglich sauber werden?

Im Frühjahr teilte Daimler dem Verkehrsministerium nach ZEIT-Informationen unvermittelt mit, dass dieses Update statt bis Ende 2018 wohl bis 2020 dauere. »Da ist dem Minister dann der Kragen ge-

platzt«, heißt es aus der Behörde. Gleich beim ersten Besuch kündigte der Minister Zetsche ein Ende der Schonzeit an und drohte mit einem Ordnungsgeld in Höhe von 5000 Euro. Je Fahrzeug.

Daimler will keine näheren Auskünfte zu dem Treffen geben, mit dem KBA sei vereinbart worden, die Gespräche vertraulich zu behandeln. Ein Daimler-Sprecher teilt mit: »Wir arbeiten intensiv an den beim Diesel-Gipfel angekündigten Software-Updates.«

Und wer mit Daimler Kontakt aufnimmt, erhält stets noch eine Antwort: »Wir kooperieren von An-

Beim Abgasbetrug hat Daimler lange auf Zeit gespielt. Jetzt wird abgerechnet

VON CLAAS TATJE



Zur Auto-Show in Detroit Anfang des Jahres ließ Mercedes eine alte G-Klasse in Kunstharz gießen

fang an vollumfänglich mit den Behörden.« Doch Dokumente der vergangenen zwei Jahre legen offen, dass der Konzern vor allem auf Zeit spielt. Dieses Spiel begann am Freitag, den 25. September 2015.

Einer der größten Industrieskandale der Nachkriegsgeschichte ist das gerade eine Woche alt. Volkswagen-Chef Martin Winterkorn ist wegen der Dieselfahrer-Abgasaffäre zurückgetreten. Die Frage ist nun: Hat nur Volkswagen oder hat die ganze Industrie betrogen?

Um 10.29 Uhr geht eine Mail in der Daimler-Rechtsabteilung ein. Im Anhang ein Brief der Deut-

schen Umwelthilfe (DUH) an Daimler-Chef Dieter Zetsche. Betreff: »Erklärung Ihres Hauses zur Verwendung von Abschaltvorrichtungen bei Euro 5 und Euro 6 Diesel- bzw. Direkteinspritzer-Neufahrzeugen«. In dem Schreiben erfährt Zetsche von einem konkreten Vorwurf: Der DUH »liegen Hinweise vor, dass offensichtlich auch Fahrzeuge Ihres Hauses um ein Vielfaches erhöhte NO₂-Werte aufweisen.« Diese Werte seien nicht allein mit technischen Unterschieden im Labor und auf der Straße zu erklären. Die DUH hatte schon damals die Vermutung, dass

Die Abgaswerte waren unter minimalen Änderungen der standardisierten Laborbedingungen doppelt so hoch wie eigentlich erlaubt. Im Dezember 2015 sollte es einen Fernsehbeitrag im ZDF geben. Daimler schaltete den Anwalt Christian Schertz ein. Dieser schrieb der DUH: »Sollten Sie weiterhin auch nur irgendwie die Behauptung aufstellen, dass meine Mandantin Abgaswerte manipuliert habe, werden wir mit aller gebotenen Nachhaltigkeit gegen Sie vorgehen und Sie insbesondere für jeden wirtschaftlichen Schaden, der meiner Mandantin dadurch entsteht, haftbar machen.« Über das Schreiben sollte Resch schweigen, denn sollte es »vollständig oder in Teilen dennoch veröffentlicht werden, werde ich hiergegen gesonderte rechtliche Schritte einzuleiten haben«, schrieb Schertz.

Resch schwärzte einige Passagen und veröffentlichte Teile des Briefes. Der Daimler-Anwalt erwirkte zunächst eine einstweilige Verfügung, und Resch durfte den Brief nicht weiter verbreiten, sonst drohten ihm bis zu 250 000 Euro Ordnungsgeld oder sechs Monate Ordnungshaft.

Nachhaltig war Daimler in dieser Phase vor allem darin, Maulkörbe zu erteilen.

Im Widerspruchsverfahren vor dem Landgericht Berlin scheiterte Schertz dann aber und kassierte danach eine Niederlage vor dem Landgericht Hamburg. Dort verklagte er die Deutsche Umwelthilfe wegen Verletzung des Urheberrechts. Die Klage wurde abgewiesen, und Resch durfte den Brief nicht weiter verbreiten, sondern durfte ihn gleichzeitig zu untersagen, den Anlass des von ihm verlangten Schweigens nicht zu veröffentlichen. »Es geht hier nicht um einen »Nachbarschaftsstreit«, sondern das Schreiben wurde »namens eines weltweit tätigen Großkonzerns erstellt und verschickt.«

Daimlers Hinhaltenaktik erlebten auch jene Staatsanwälte, die im Frühjahr 2017 zur Durchsuchung in der Zentrale einrückten. Obwohl ein Angestellter zunächst Beweismittel vorenthielt, verzichtete die Staatsanwaltschaft auf eine Beschlagnahme und ordnete nur eine vorläufige Sicherstellung zur Sichtung an. Der Vorteil: Daimler konnte schneller wieder an jene Unterlagen gelangen, die für die Abgasermittlungen keine Rolle spielen. Doch Daimler legte vor dem Amtsgericht Widerspruch ein. Als der abgeschmettert wurde, zogen die Konzernjuristen wegen eines kleineren Teils der Unterlagen vor das Landgericht. Erst ein Jahr nach der Durchsuchung konnte die Staatsanwaltschaft mit ihrer Arbeit richtig beginnen. »Eine vollumfängliche Kooperation sieht anders aus«, heißt es aus der Behörde.

Auch den aktuellen Vito-Rückruf mag Daimler nicht akzeptieren. »Daimler wird gegen den Bescheid des KBA Widerspruch einlegen. Falls erforderlich wird das Unternehmen die strittige Rechtsauslegung auch vor Gericht klären lassen«, teilte das Unternehmen gleich nach dem Besuch mit.

Pleite im Märchenland Fortsetzung von Seite 21

zwei Stunden Zeit. Mit beharrlichem Blick, sanfter Stimme und langen Sätzen erläutert er seine Vision.

Humanity sei gedacht, so sagt er wörtlich, als »struktureller Lösungsansatz einer sozialen Marktwirtschaft in dem Haifischbecken, das momentan existiert, in dem fast einzig und allein die Effizienzmaximierung die Entwicklung diktiert.« Mit Humanity wolle er Einfluss nehmen auf das Wirtschaftsmodell, die Digitalisierung, die Blockchain-Entwicklung und, ja wirklich, die künstliche Intelligenz, die gerade entstehe und die Menschlichkeit erst lernen müsse. »Ich habe mich berufen gefühlt, in diese Märkte das Genossenschaftliche hineinzubringen«, sagt Matern, »sonst geht es immer nur um die Abschöpfung von Kapital, den Zugang zu Ressourcen, ein Macht- und Entscheidungs- und Geldmonopol.«

Wieso das ausgerechnet üppige Provisionen und Bonusprogramme erfordert? »Die Gier«, sagt er, »ist etwas Immanentes in uns.« Das wisse er, seit er in seiner Jugend Kühen auf einer Weide einen Apfel hingeworfen habe, die Tiere hätten sich die Hörner blutig gestoßen. Beim nächsten Mal habe er viele Äpfel verteilt, da seien die Kühe friedlich geblieben. »Deswegen habe ich bei Humanity so einen Vergütungsplan aufgebaut«, sagt Matern, »weil ich so die Gier in den Griff kriege und Menschen zu Partnern machen kann, denen Geld ein wichtiger Wert ist.«

Wie genau Matern selbst von Humanity profitiert und wie viel Geld er dafür zur Verfügung gestellt hat, verrät er nicht. Aber es hätten schon über 150 Menschen – Matern nennt sie »meine Familie« – für jeweils mindestens 5000 Euro Anteile an der Genossenschaft gezeichnet, so sei eine Million Euro zu sammelgekommen. Mit dem Geld werde nun die Online-Akademie und später ein E-Commerce-Marktplatz errichtet, sagt er. Anders als sein Ambassador in Hamburg wirkt Matern dabei nicht geldgierig, sondern eher wie ein Traumtänzer. Was für seine Anhänger keinen Unterschied macht, falls denen statt einer lebenslangen Rente nur ein Haufen unverkäuflicher Online-Seminare bleibt. Ob die Idee eines Mannes, der eher durch esoterische Gesänge

statt durch ökonomische Expertise aufgefallen ist und sich nun mit Profiteuren zweifelhafter Provisionsmodelle zusammensetzt, wirklich das globale Wirtschaftssystem reformiert, darf bezweifelt werden.

Andere Genossenschaften mit wundersamen Versprechen sind bereits am Ende. So war das bei der Genossenschaft für Generationen (GenoGen) aus dem westfälischen Borken, die mit Humanity mehr gemein hat als auf den ersten Blick erkennbar.

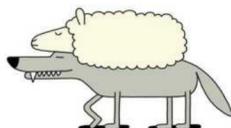
Anders als der Name vermuten lässt, existierte die GenoGen keine sechs Jahre lang. Derzeit sind vier ihrer zentralen Figuren vor dem Landgericht Münster wegen Betrug angeklagt. Drei schweigen zu dem Fall, einer beteuert seine Unschuld. 200 Mitglieder sollen der Genossenschaft bis zu vier Millionen Euro anvertraut haben. Wie viel davon noch vorhanden ist, wollte der Insolvenzverwalter aber nicht mitteilen.

Dutzende extrem lukrative Immobiliengeschäfte will die GenoGen in Aussicht gehabt haben, in Oberbayern etwa den Umbau einer Eissporthalle in einen Funsportpark, der eine Rendite von »ca. 54 % p. a.« habe erwarten lassen. In einem Fluss im Nordosten Serbiens wollten die Borkener zudem Goldvorkommen im Wert von 160 Millionen Euro ausbeuten. Auch Wasserauftriebskraftwerke zur Stromproduktion waren im Angebot. Diese Dinger, groß wie zwei Schiffscontainer und jeweils 96 Tonnen schwer, gelten in esoterischen Randbereichen der Autarkie-Szene seit Langem als Wunderwaffe gegen Energiekonzerne. Wie sie funktionieren sollen, ist allerdings ein großes Geheimnis, das auch die Genossenschaft nicht lüftete (»Wir möchten nicht, dass unsere Entwicklung Opfer von Spekulationen und Mutmaßungen wird«). Allerdings stellte sie dafür »neun Prozent Zieldividende plus Zinsbonus p. a.« in Aussicht.

Traumrenditen hier, fantastische Bonuszahlungen dort. Warum viele Genossenschaftsmitglieder das glauben, ist die eine Frage. Warum professionellen Aufpassern das nicht auffällt, lautet die andere. Dem Gesetz zufolge müssen Genossenschaften nämlich regelmäßig geprüft werden. Doch Recherchen der ZEIT zeigen, dass die Kontrollen von Genossenschaften teils deutliche Mängel aufweisen, was unseriösen Geschäftemachern die Arbeit erleichtert.

In den meisten Fällen unterliegen Genossenschaften nicht der staatlichen Finanzaufsicht, sondern der Kontrolle durch eigene Prüfungsverbände. Davon gibt es Dutzende, und jede Genossenschaft darf sich aussuchen, welchem Verband sie beiträgt. Eine Prüfung kostet dann, zusätzlich zu den Mitgliedsgebühren, schnell mehrere Tausend Euro. Doch die Qualitätsunterschiede seien enorm, klagt der Düsseldorfer Genossenschaftslobbyist Barkey: »Die Politik muss klare Kriterien entwickeln, was ein genossenschaftlicher Prüfungsverband für seine Zulassung erfüllen muss, und dies regelmäßig überprüfen.«

Die GenoGen ist dem Deutsch-Europäischen Genossenschafts- und Prüfungsverband (DEGP) aus



Viele Menschen lassen sich von etwas Raiffeisen-Folklore beeindrucken

Dessau in Sachsen-Anhalt beigetreten. Auf dessen Website finden sich Bienenfotos und der Hinweis auf einen esoterischen Blog, der das Genossenschaftsmanagement mithilfe der Quantenphysik verbessern will. Die Prüfungen seien anspruchsvoll, schreibt der DEGP, was aus Sicht der Genossenschaften ja auch ein gutes Argument »für das Ansprechen neuer Mitglieder« sein könne. Der Verantwortung sei man sich bewusst: »Deshalb schauen wir genau hin, welches »Risikopotenzial« eine Genossenschaft hat.«

Abschaltvorrichtungen mit vielen Tricks die nötige Harnstoffeinspritzung systematisch verringerten. Wie jetzt beim Vito.

Daimler reagierte per Pressemitteilung: »Daimler AG weist Vorwurf der Manipulation auf das Schärfste zurück.« Außerdem: »Ein Defeat Device, also eine Funktion, die die Wirksamkeit der Abgasnachbehandlung unzulässig einschränkt, kam nie und kommt bei Daimler nicht zum Einsatz.«

Die DUH und ihr Geschäftsführer Jürgen Resch ließen nicht locker. Sie testeten Modelle der C-Klasse.

Warum der DEGP das »Risikopotenzial« der GenoGen trotzdem nicht erkannte, wurde Anfang des Jahres beim Strafprozess in Münster deutlich, als ein DEGP-Mitarbeiter dort als Zeuge auftrat. Ein Lokalreporter der Borkener Zeitung saß damals im Gerichtssaal und erinnert sich noch gut daran. Demnach habe der Verband die GenoGen in all den Jahren gar nicht geprüft. Nach Borken sei auch niemand gefahren, um nach dem Rechten zu schauen.

Vorstand des DEGP ist Wolfram Klüber, ein Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt und Diplom-Kaufmann. Er ist außerdem Vorstand des Potsdamer Prüfungsverbands in Ludwigsfelde – der zwei jener drei Genossenschaften kontrolliert, die die Stiftung Warentest für »unseriös« hält. Seinen Kanzleisitz hat er in Berlin, im grünen Ortsteil Grunewald. Klüber, ein eloquenter Mittsechziger mit weißem Haar und randloser Brille, bittet in sein Büro.

Was »unseriös« heißen solle, fragt Klüber zurück, als die Sprache auf die Stiftung Warentest kommt. Den Vorwurf lascher Prüfungen weist er zurück. Das Gesetz schreibe bei einer Genossenschaft nur einen geringen Prüfungsumfang vor. Er müsse prüfen, ob eine Genossenschaft bezwecke, ihre Mitglieder zu fördern – aber nicht, ob dieser Zweck auch erreicht werde. »Wir prüfen auch nicht besonders strafbares Verhalten«, sagt er, oder die Vertriebsmethoden. Allenfalls bei »total unsinnigen Geschäften« könne man in den Prüfbericht schreiben, dass der Vorstand nicht ordnungsgemäß gearbeitet habe. »Aber das kann ich nur machen, wenn es jenseits von Gut und Böse ist.«

So wie bei der GenoGen? Ob es eine Gründungsprüfung gegeben habe, wisse er nicht, sagt Klüber. In den folgenden Jahren sei die Genossenschaft aber tatsächlich nicht mehr kontrolliert worden – wegen »fehlender Prüfbereitschaft«. Trotz Aufforderung habe die GenoGen nie alle nötigen Unterlagen vorgelegt, und er habe auch keine juristischen Mittel, das zu erzwingen. Aus seinem Verband geschmissen hat Klüber sie allerdings auch nicht. »Da haben Sie recht«, sagt er, »das hätten wir früher bereinigen können.«

Auch sonst passierte nicht viel. Bis es zu spät war. Von dem früheren Vorstandsvorsitzenden der GenoGen war keine Stellungnahme zu erhalten.

Wenn man Klüber zuhört, bekommt man einen katastrophalen Eindruck vom genossenschaftlichen Kontrollwesen: Schickt eine Genossenschaft Dokumente, werden diese eher oberflächlich geprüft, und wenn sie keine schickt, wird nicht geprüft. Was Klübers Verband freilich nicht davon abgehalten hat, öffentlich die Analyse von »Risikopotenzialen« zu preisen und Genossenschaften das auch noch als Argument zur Mitgliederwerbung anzudienen.

Wenige Tage nach dem Gespräch in Klübers Büro wird der Internetauftritt des DEGP teilweise abgeschaltet und in den »Wartungsmodus« versetzt.

Nicht nur GenoGen, auch Humanity ist Mitglied des DEGP. Gründer Matern nennt die Prüfung durch den Verband eine »juristische Qualitätskontrolle«. In Online-Seminaren nutzt Humanity ein Foto der Aufnahmebestätigung, um glaubwürdig zu wirken; sie sei »eines der wichtigsten Dokumente«. Wie Humanity allgemeinen Reichtum schaffen will, lässt sich auch in Klübers Büro nicht ermitteln. Vom Provisionssystem höre er zum ersten Mal, sagt er. Irgendwie gehe es bei Humanity um die Cloud, die Crowd, Fairtrade, Blockchain und E-Commerce. Und natürlich um das gemeinsame Wirtschaften. Darunter hatte Friedrich Wilhelm Raiffeisen noch etwas anderes verstanden. Er wollte die Landbevölkerung vor dem Hungertod bewahren und davor, von gerissenen Händlern übervorteilt zu werden. Christliche Werte prägten ihn, nicht die Gier nach Geld. Nun wird seine Idee ins Gegenteil verkehrt. Die Masche dürfte noch beliebter werden, solange der Ruf der Genossenschaften so gut ist, die Prüfungen so mangelhaft sind und sich viele mit Raiffeisen-Romantik und Allgemeinplätzen abspeisen lassen.

Nach fast drei Stunden Werbeshow im Hotel fragt eine Frau den Ambassador von Humanity, wie das mit den Boni und den Genossenschaftsanteilen genau funktioniere. »Och nee, das erkläre ich jetzt nicht«, sagt der nur und preist wieder die lebenslange Rente. Eine ältere Dame will wissen, ob die Genossenschaft auch den Handel mit Bio-Lebensmitteln fördern wolle. Die Antwort: Alles sei möglich.